

Chiles Christdemokraten nach den Parlamentswahlen

Die chilenische Regierungspartei Democracia Cristiana (DC) hat in den Kongreßwahlen vom 2. März 1969, bei denen die 150 Abgeordneten der Kammer (für vier Jahre) und etwa die Hälfte der 50 Senatsmitglieder (für acht Jahre) gewählt wurden, eine empfindliche Niederlage erlitten. Dieser seit den Kongreßwahlen von 1965 gravierendste Rückschlag für die DC und der gleichzeitige Erfolg des rechtsstehenden Partido Nacional waren nicht unerwartet gekommen. Überraschend war jedoch das Ausmaß der Verschiebungen im politischen Kräftefeld Chiles, für das auch die mangelnde Wahlbeteiligung gerade seitens des DC-freundlichen Zentrums — fast 1 Million der 3,25 Millionen Wahlberechtigten blieben der Wahl fern — verantwortlich gemacht werden kann (NCNews Service, 5. 3. 69). Zwar bleiben die Christdemokraten weiterhin die stärkste Partei des Landes, sie verloren jedoch ihre absolute Mehrheit in der Kammer, wo sie jetzt nur noch über 55 statt wie bisher über 82 Mandate verfügen. Im Senat allerdings konnten sie ihre Stellung erheblich verbessern: gegenüber den bisherigen 11 nehmen sie jetzt 23 Sitze ein.

Der Gegner steht rechts

Wenn im nächsten Jahr der chilenische Staatspräsident in direkter Volkswahl für die Dauer von sechs Jahren gewählt wird, kann *E. Frei* auf Grund der Verfassung nicht mehr kandidieren. Dann wird der Partido Nacional der eigentliche Gegner im Kampf um das höchste Staatsamt sein, eine Gruppierung konservativer und liberaler Kräfte, die sich zwar erst 1965 zusammengeschlossen hat, die aber nach den letzten Wahlen bereits über 34 Abgeordnetenmandate und fünf Senatorensitze verfügt. Diese Partei ist als der eigentliche Sieger zu betrachten. Ihre Propaganda hatte sich nicht zuletzt auf die Person des vor Frei erfolgreich regierenden Präsidenten *J. Alessandri* konzentriert, der sich im Alter von 74 Jahren auf ein Comeback mit Hilfe des Partido Nacional vorbereitet. Politisches Gewicht, vor allem als mögliche Koalitionspartner, haben gegenwärtig noch die Radikalen (24 Abgeordnete und

9 Senatoren), die Kommunisten (22 und 6) und die noch militanteren Sozialisten (15 und 7). Drei der insgesamt acht an den Wahlen beteiligten Parteien mußten aus dem Rennen ausscheiden. Als Frei in der Präsidentschaftswahl von 1964 den Volksfrontkandidaten aus der chilenischen KP, *S. Allende*, überrundete, gelang ihm dies, weil er eine reformerische, aber demokratische Alternative anzubieten wußte und deshalb auch konservativere Wählerschichten für sich gewinnen konnte. Jetzt aber droht die Partei zwischen rechts und links zerrieben zu werden. Freis Partei erscheint allen rechts der DC stehenden Gruppierungen in einer De-facto-Allianz mit den Kommunisten, und zwar zunächst, weil ihnen Agrarreform und manche Wirtschaftsmaßnahmen „sozialistischen“ Zuschnitts zuwider sind. Gleichzeitig nimmt der linke Flügel in der DC, der sich vorwiegend aus jüngeren Mitgliedern rekrutiert, eine recht radikale, teilweise an Kuba orientierte Position ein, die innerhalb der Partei zu einer gefährlichen Krise geführt hat und den Gegnern der DC die Verbindung zur KP demonstriert (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 501). Eine Koalition mit den Kommunisten nach den nächsten Präsidentschaftswahlen liegt im Bereich des Möglichen, wenn die DC weiterhin an der Staatsführung beteiligt sein will. Diese Möglichkeit hat auch *R. Tomic* (52), der frühere Botschafter in den USA, der seit Jahren als Freis Nachfolger im Gespräch ist, angedeutet. Er hat deutlich sozialistische Konzepte in sein Programm aufgenommen und sich von Freis Linie nicht unerheblich entfernt. Allerdings setzen die Kommunisten stärker auf den weiter links stehenden *J. Chonchol* (32), vermutlich mit dem Hintergedanken, durch ihn die endgültige Spaltung der DC herbeiführen zu können. Chonchol, als Agrarexperte der Regierung bekannt geworden und nicht zuletzt wegen seiner Vorliebe für Kuba faktisch der Führer der jungen Rebellen, hat sich aber bislang zurückgehalten. Die Gegner Freis münzen alle Schwierigkeiten des Landes in Kritik an seiner Person und Partei um. Die Inflationsrate betrug 1968 tatsächlich fast 28 Prozent, Steuer-

erhöhungen wurden notwendig; das Wirtschaftswachstum ging im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurück. Die Kritik von rechts richtet sich auch gegen die Agrarreform und die Anstrengungen im Rahmen des community development unter der Landbevölkerung, die, an lateinamerikanischen Vergleichsbeispielen gemessen, recht erfolgreiche Maßnahmen darstellen. Tatsächlich gelang es Frei, die Situation auf dem Land zu verbessern. Durch die Errichtung von Mittelpunktschulen konnten auch der Landbevölkerung Bildungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Unbestreitbare Erfolge

Gerade auf dem Erziehungssektor sind Erfolge nicht zu leugnen: die Pflichtschulzeit wurde von sechs auf acht Jahre erhöht und der Unterricht intensiviert; die Universitäten werden laufend ausgebaut. In Valdivia ist bereits eine vierte im Bau. Durch die allen Unternehmen auferlegte Verpflichtung, fünf Prozent des Reingewinns an die Fonds der Corporación de la Vivienda abzugeben, konnten allein 1968 30 000 kleine Reihenhäuser erstellt werden, die im allgemeinen Wohnungselend eine spürbare Hilfe bedeuten. Die Schwierigkeiten der chilenischen Volkswirtschaft sind noch enorm. Durch eine geregelte Einkommensangleichung ist man bemüht, die Auswirkungen der Inflation auf die Verbraucher zu mildern. Die Landwirtschaft allerdings beklagt sich über zu niedrige Erzeugerpreise. Die Arbeitslosigkeit mit etwa sechs Prozent in Santiago und um 12 Prozent in den übrigen Industriegebieten ist hoch. Vielfach mangelt es an zeitgemäßer Ausrüstung mit Werkzeugen und Maschinen, so daß beispielsweise auch größere Bauvorhaben in unproduktiver Handarbeit durchgeführt werden müssen (vgl. den Bericht im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 10. 3. 69). Daß Frei sein auf Hebung des Lebensstandards der breiten Bevölkerungsschichten und Vervollständigung der Bildungseinrichtungen abzielendes Regierungsprogramm nur teilweise erfüllen konnte (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 86), darf ihm gerechterweise kaum angelastet werden. Die Opposition von rechts und

von links, die sich mehrmals in opportunistischer Weise gegen Frei verbündete, hat nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten aufgerichtet. Vielleicht hatte man mit Freis Kandidatur auch zuviel Optimismus verknüpft. Gerade die westeuropäischen Christdemokraten hatten Frei als die Rettung des Kontinents vor den Kommunisten und Militärdiktatoren propagiert und dadurch wohl kaum erfüllbare Hoffnungen auf die christdemokratische Bewegung des Kontinents geweckt. Trotz aller Widerstände ist Chiles Aufwärtsentwicklung durch Freis Regierung gestärkt worden. Die demokratische Tradition des Landes, das sich durch Verfassungstreue und Zurückhaltung der Militärs auszeichnet, hat keine Rückschläge erlitten.

Die katholische Rechte

Alessandri und der Partido Nacional haben durchaus reale Chancen, bei der nächsten Präsidentschaftswahl sich erfolgreich durchzusetzen. Weder Tomic noch Chonchol besitzen das politische Ansehen Freis. Alessandri

Generalsekretär Blake im Nahen Osten

Während im Ökumenischen Institut zu Bossey christliche Theologen und Kirchenmänner mit zwölf Moslem-Gelehrten unter dem Vorsitz von L. Visser (Faith and Order) gemeinsame Probleme dieser Religionen im technologischen Zeitalter diskutierten und das Konzept künftiger Gespräche ausarbeiteten (öpd, 13. 3. 69), befand sich der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, E. C. Blake, vom 1. bis 12. März auf einer Goodwillreise durch fünf Länder des Nahen Ostens. Es ist keine Ironie, wenn man sagt, daß diese kirchlicher wie politischer Verständigung dienende Unternehmung wie eine Durchführung des Konzilsdekretes über „Das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen“ anmutet. Blake machte bei dieser Gelegenheit auch die bittere Erfahrung, wie schwer es ist, die im Nahen Osten zusammenlebenden Religionen miteinander ins Gespräch zu bringen. Während des Konzils, als über das „Judendekret“ heftig gerungen wurde, wollte man das nicht recht glauben.

erfreut sich auch der Unterstützung durch eine einflußreiche Gruppe von „Rechtskatholiken“, nämlich der Anhänger der chilenischen Gesellschaft für die Verteidigung von Familie, Tradition und Privateigentum (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 515). Diese Gruppe agiert mit den Argumenten antikommunistischer Propaganda, durch die sie die Politik der Regierungspartei verteufelt. Die chilenische Hierarchie hat dieser Gruppe jede Unterstützung versagt, sie vielmehr offiziell unsachlicher und auf Bewahrung der Verhältnisse ausgerichteter Propaganda bezichtigt. Die DC ihrerseits sieht zwar in „der“ katholischen Soziallehre die ideologische Basis ihres Programms, sie muß jedoch eine enge Bindung an die Kirche meiden. Nach der Verfassung sind Staat und Kirche getrennt. Die politische Wirkung des in Lateinamerika virulenten Antiklerikalismus ist auch den christdemokratischen Parteien eine Warnung. Das schließt jedoch nicht aus, daß zahlreiche Geistliche, darunter namhafte Jesuiten, eng mit der Regierungspartei zusammenarbeiten.

Durchführung einer Uppsala-Resolution

Den religiösen Hintergrund dieser ungewöhnlichen Reise erläuterte A. Gjerding, Sekretär des Komitees „Church and Jewish People“ beim Weltkirchenrat und Teilnehmer am Dialog mit den Moslems in Bossey, in einer Analyse über „Religiöse Elemente im Nahost-Konflikt“ (in: „Evangelische Kommentare“ März 1969, S. 159 f.). Er bezieht sich darin auf eine Resolution der Vierten Vollversammlung von Uppsala 1968 zur Nahostkrise. Sie hatte auf die religiösen Elemente in diesem Konflikt hingewiesen und den Versuch ihrer Befriedung gefordert, was zur besonderen Verantwortung des Weltrates der Kirchen gehöre. In Befolgung dieser Resolution hatte Blake seine Reise geplant. Gjerding nennt folgende fünf religiösen Probleme der Nahostkrise: 1. In einer Erklärung prominenter christlicher Persönlichkeiten in den USA wird festgestellt: „Das Zentrum des Judentums ist eine unauflöbliche Verbin-

dung von Volk und Land Israel.“ Wer die Existenz des Judentums anerkenne, müsse auch die unzerreißbaren Bande zum Land Israel und der Stadt Davids anerkennen. Ähnliche Erklärungen, die als eine Anerkennung des Zionismus durch die Kirchen verstanden werden könnten, liegen auch aus anderen Ländern, z. B. Holland, vor. Gjerding meint allerdings, daß die meisten religiösen Juden in der Rückkehr nach Palästina nur ein prämessianisches Ereignis, die Einsammlung der Zerstreuten, sehen. 2. Das andere religiöse Element sei die Bedeutung der sog. Heiligen Stätten für Juden, Christen wie Moslems. 3. Belastend für eine Friedensregelung sei, daß sich die verschiedenen Christen im Nahen Osten mit ihren Völkern identifizieren und daher die israelfeindlichen Araber auch politisch unterstützen. 4. Als letztes nennt er ein sittliches Prinzip: Ungerechtigkeit und Frieden schließen sich gegenseitig aus. Es müsse also den Ungerechtigkeiten gegenüber den Palästinaflüchtlingen ebenso begegnet werden wie dem Anspruch der Juden auf das Land Israel. Davon sprach auch das Protokoll des oben erwähnten Dialogs von Christen und Moslems.

Das etwa war das Programm der keineswegs improvisierten Reise von Generalsekretär Blake, der zugleich das bessere Sichkennnenlernen von Kirchenführern mit einer realistischen Friedensvermittlung verbinden wollte. In einem vor der Reise veröffentlichten Kommentar hatte es geheißen, der Ökumenische Rat verstehe sich als Werkzeug der Kirchen im Dienste der Einheit, er könne jedoch „nur dann auf die Erfüllung seines Versöhnungsauftrages hoffen, wenn es ihm gelingt, die Kirchen noch stärker in seine Arbeit einzubeziehen und für das ökumenische Engagement zu gewinnen“ (epd, 20. 2. 69). Darum stand an erster Stelle dieser Reise die Begegnung mit den führenden Persönlichkeiten von Kirchen, die dem Weltrat angehören, solchen, die ihm noch nicht angehören und auch den örtlichen Autoritäten der römisch-katholischen bzw. der katholischen Ostkirchen, darunter Patriarch P. P. Kardinal Meouchi in Beirut. Nahziel war der Ausbau der Flüchtlingshilfe bzw. der Versuch, wenigstens einem Teil der Palästinaflüchtlinge die Rückkehr in ihre Heimat